

Den Apothekern mehr Geld für mehr Beratung?

Wer rote Ohren bekommt, wird noch lange nicht rot wählen.

Beraten sollten unsere Kollegen Apotheker schon. Aber das ist ja seit jeher ihre Pflicht. Und nun will die SPD, vertreten durch Professor Lauterbach, ihnen mehr Geld für mehr Beratung geben. Man sollte da wohl besser den Ärzten mehr Geld für mehr Beratung geben, da kommt für die Patienten sicher mehr raus.

Dazu einige Beispiele: Der Vertragsarzt bekommt derzeit für die Konfliktberatung vor Schwangerschaftsabbruch - Dauer ca. 30 Minuten - 8,50 €, für die Beratung eines Ehepaars vor künstlicher Befruchtung 8,05 €. Man vergleiche da einmal mit den Honoraren anderer qualifizierter beratender Berufe.

Können die Apotheker überhaupt besser beraten? Jedermann weiß, wie es vor dem Tresen einer Apotheke zugeht, wie voll es dort oft ist, dass dort jedermann jedes Gespräch mit hört. Denken wir z.B. an die Beratung zur "Pille danach". Da muss der Arzt vor der Verordnung der „Pille danach“ in der Vertraulichkeit seines Sprechzimmers immer etliche Fragen stellen, z.B.: „Wann genau ist es denn passiert?“ „Wann war denn die letzte Regel?“ „Haben Sie wirklich die Pille vergessen“ „Hat er vielleicht doch ein Kondom benutzt?“ „Spielen evtl. auch Geschlechtskrankheiten eine Rolle?“ „Wie denken Sie über künftige Verhütung?“ usw. usf.

Denken wir auch an die Beratung bei Psychosen, bei Harn- und Stuhl-Inkontinenz, bei Obstipation und an die Beratung bei Sexualproblemen. Wenn künftig die Apotheker dazu in der Öffentlichkeit ihrer Apotheke fleißig mehr beraten, dann hätten die anderen Kunden bestimmt auch ein wenig Freude daran; manche bekämen bestimmt auch rote Ohren. Endlich würde die Wartezeit in der Apotheke sogar zum Erlebnis, könnte dann eigentlich nicht lange genug dauern!

Dennoch: Da hat sich Herr Lauterbach wieder einmal disqualifiziert. Und er täuscht sich: Wer rote Ohren bekommt, wird noch lange nicht rot wählen.